

# Grüne rufen Parteien zum Kampf gegen die AfD auf

Rechte Partei soll nicht in die Kommunalparlamente der Region einziehen / „Gefahr für die Demokratie“

VON RAINER BREDA

**HILDESHEIM.** Die Grünen-Vorsitzenden aus Stadt und Kreis, Manfred Kallmeyer und Klaus Schäfer, haben die übrigen Parteien dazu aufgefordert, die AfD im Kommunalwahlkampf gemeinsam zu bekämpfen. Es gehe darum zu verhindern, dass die Partei im Herbst in die Hildesheimer Kommunalparlamente einzieht: „Wir rufen alle demokratischen Kräfte zu einer konsequenten politischen Auseinandersetzung mit der AfD auf“, heißt es in einer Presseerklärung der beiden Grünen-Vertreter. Sie sind jeweils Ko-Vorsitzende ihrer Partei in Stadt

und Kreis Hildesheim. Anlass für den Grünen-Aufruf sind die Aussagen der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry zum Waffeneinsatz an der deutschen Grenzen und die Stellungnahme der AfD-Kreisvorsitzenden Alexandra Kriesinger dazu in dieser Zeitung. „Wer die Grenzen durch Waffengewalt vor Flüchtlingen schützen will, konterkariert das deutsche Asylrecht“, betonen die Grünen. Petry hatte gesagt, ein Polizist müsse zur Verhinderung des illegalen Grenzübertritts von



**Klaus Schäfer ist Ko-Vorsitzender der Kreis-Grünen**

Flüchtlingen „notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“. Kriesinger wiederum hatte erklärt, dass Grenzer unter bestimmten Voraussetzungen einen Warnschuss abgeben dürften, die Hildesheimer AfD aber davon überzeugt sei, dass bei ausreichender Personalstärke darauf verzichtet werden könne.

Für die Grünen entlarvt die Behauptung Kriesingers, die Presse habe Petry zu ihren Entgleisungen getrieben, die Grundhaltung der AfD: „Die Presse- und Mei-

nungsfreiheit steht nicht zur Disposition der AfD“, betonte Schäfer. Sie sei ein unantastbares Grundrecht und uneingeschränkt vonnöten, um die Demokratie mit Leben zu füllen. Kallmeyer bescheinigt der AfD eine antidemokratische Haltung. „Diese rechtsextreme Partei“ bedeute eine Gefahr für die Demokratie. Der bürgerliche Anschein, den sich die AfD verleihen wolle, sei falsch, schreiben die Grünen. Kriesinger habe an Demos des Pegida-Ablegers in Hannover teilgenommen. Zudem erinnern die Grünen an den Versuch der Kreis-Chefin, Teilnehmer einer AfD-Veranstaltung in Hamburg an Interviews zu hindern.